



CDU

**RATSFRAKTION
BRAUNSCHWEIG**

Schlusserklärung zum Doppelhaushalt 2023/24
Thorsten Köster, Vorsitzender der CDU-Ratsfraktion,
im Rat am 21. März 2023

Sehr geehrte Frau Ratsvorsitzende, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen,

the same procedure as every year!

Zumindest könnte man das meinen, wenn man sich mit etwas Abstand anschaut, wie die Beratungen zum Doppelhaushalt abgelaufen sind und welche Reden am heutigen Tage gehalten werden. Doch ist es wirklich alles so, wie es bereits in den Vorjahren war?

Sie ahnen es sicher bereits, wir werden den von der Verwaltung vorgelegten Doppelhaushalt erneut nicht mittragen können. Wir werden ihn aus guten Gründen ablehnen, obwohl er sogar Teile unserer seit Jahren immer wieder geäußerten Kritik diesmal wenigstens schwach erkennbar aufgegriffen hat. Aber eben mal wieder nicht hinreichend, so dass Braunschweig letztlich unverändert immer tiefer in den Schuldenstrudel gezogen wird. Es ist kein Schreckgespenst, was wir als CDU-Fraktion hier malen: Unsere Stadt droht durch Haushaltspläne wie den, über den wir heute sprechen, ihre politische Handlungsfähigkeit zu verlieren!

Wir fragen uns in diesem Zusammenhang schon, auch wenn es noch nicht für diesen Haushalt relevant ist, wie Oberbürgermeister Kornblum die Kombination aus Städtischer Musikschule und Konzerthaus für 150

Millionen Euro oder mehr seriös finanzieren will. Der Verweis auf einzuwerbende Fördermittel – erst heute wieder in der Presse geäußert – bleibt nebulös und nichts weiter als eine bloße Ankündigung. Wie bereits in der Fachausschussberatung kundgetan, gibt es für uns keinerlei Anlass, ihre Euphorie in diesem Bereich zu teilen. Denn die finanziellen Auswirkungen der letzten Krisen betreffen ja nicht nur Braunschweig, sondern alle öffentlichen Haushalte und damit alle potenziellen Geldgeber. Dieses Projekt führt den Bürgerinnen und Bürgern exemplarisch vor Augen, wie realitätsfern der Oberbürgermeister und seine rot-grüne Ratsmehrheit diesen Doppelhaushalt planen.

Wir sind nicht glücklich über die sich immer dramatischer gestaltende Finanzsituation der Stadt. Wir sind auch nicht zufrieden mit dem zu zögerlichen Gegensteuern der Verwaltung gegen die Schuldenfalle. Wie wollen wir den Bürgerinnen und Bürgern unserer Stadt eigentlich erklären, dass wir auf eine Rekordverschuldung von einer Milliarde Euro zusteuern, ohne ernsthaft etwas dagegen zu unternehmen? Wir erleben die größte Schuldenkrise unserer Stadt und trotzdem wird der Stellenplan fortwährend aufbläht. 2001 hatte die Stadt nur etwa halb so viele Schulden und reagierte unter CDU/FDP-Führung couragiert mit einem erfolgreichen Sparpaket, das großes Verständnis in der Stadtgesellschaft fand. Nichts dergleichen erleben wir jetzt.

Die Stadt nimmt die Kritik der Kommunalaufsicht des Landes Niedersachsen einfach nicht ernst. Mehr als ein lapidares Schulterzucken und ein fatales Weiter-so gibt es nicht. Mit diesem vorgelegten Doppelhaushalt wird sich an der Bewertung des Innenministeriums am Finanzgebaren der Verwaltung und Rot-Grün nichts ändern. Es ist schlicht und ergreifend einmal mehr nicht solide!

The same procedure as every year!

Die CDU-Ratsfraktion weist in jeder Haushaltsdebatte auf das Notwendige und letztlich auf das von der Verwaltungsspitze auch Erwartbare hin. So auch diesmal: Die Stadt braucht eine klare Prioritätensetzung. Sie muss Handlungsfähigkeit und Handlungswillen beweisen, um die Zukunftsaufgaben bewältigen zu können. Klinikum-Ausbau, Sanierung der Stadthalle und Unterbringung der Flüchtlinge, nur um einige zu nennen. Dies alles lässt ein weiteres rot-grünes Wünsch-dir-was nicht zu.

Schon die jüngsten Haushalte wurden nur unter Auflagen vom Land genehmigt. Die ordentliche Tilgung der Schulden kann schon jetzt nicht mehr erwirtschaftet werden. Die Leistungsfähigkeit der Stadt wird von den Experten aufgrund der kontinuierlich negativen Ergebnisse als ernsthaft gefährdet angesehen. Dieser vorgelegte Doppelhaushalt wird wieder ein sehr schlechtes Zeugnis von der Kommunalaufsicht erhalten, welches dann spätestens im August hier eintreffen wird. Das wissen wir alle schon heute – vor allem diejenigen, die diesem Haushalt gleich mit ihrer Zustimmung zu einer Mehrheit verhelfen werden.

Er beinhaltet viel Kosmetik, aber leider keine beherzten Schritte. Trotz steigender Zinsen werden im Betrachtungszeitraum bis 2027 insgesamt 750 Millionen Euro neue Schulden angehäuft. Bei einem angenommenen Zinssatz von 3% – und damit einem Zinssatz, der bereits in wenigen Monaten vollkommen überholt sein dürfte – sind dies rund 22,5 Millionen Euro zusätzliche Zinslast in 2027. 22,5 Millionen Euro, in denen nicht ein Cent Tilgung steckt und 22,5 Millionen Euro, die nicht an anderer Stelle ausgegeben werden können, zum Beispiel bei so wichtigen Zukunftsaufgaben wie der Bildung oder der Begegnung des Klimawandels – und das trotz Gewerbesteuererinnahmen auf Rekordniveau. Geplant sind 2023 Einnahmen in Höhe von 190 Millionen Euro.

Das wäre die historisch zweithöchste Gewerbesteuerereinnahme, obwohl Industrie, Handwerk und Einzelhandel dramatisch unter steigenden Energiekosten und Zinsen leiden. Was wäre es für ein starkes Signal gewesen, wenn die Stadt dank solider Haushaltsführung den Betrieben hätte entgegenkommen können? Aber leider: Fehlanzeige.

Wie wenig Sie, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister und sehr geehrte rot-grüne Haushaltsmehrheit, sich selbst beim Wort nehmen, will ich an zwei Beispielen aufzeigen:

1. In der Haushaltsvorlage für den Finanzausschuss am 2. März war die Rede davon, dass – ich zitiere – „die im Investitionsprogramm - IP - des FB 65 enthaltenen Maßnahmen mit den vorhandenen Ressourcen nicht umgesetzt werden konnten.“ Und deshalb – ich zitiere weiter – „der Umfang des IP auf ein umsetzbares Volumen von ca. 60 Mio. € je Jahr verringert worden“ sei. Klingt ja ganz so, wie wir es als CDU stets fordern, stimmt nur leider nicht. Denn während sich in der Haushaltsvorlage das Zitat von eben findet, teilte uns die Hochbauverwaltung auf unsere Anfrage hin mit, dass sich das Bauvolumen deutlich erhöhen soll: in 2024 auf rund 84 Millionen Euro, in 2025 sogar auf fast 107 Millionen Euro, in 2026 auf mehr als 98 Millionen Euro und in 2027 immer noch auf 75 Millionen Euro. Übrigens, in der heute zum Beschluss vorliegenden Haushaltsvorlage hatte die Verwaltung wohl selbst ihren Widerspruch gemerkt und kurzerhand den zweiten Satz gestrichen. In der Konsequenz bedeutet dieses Investitionsprogramm aber genau das Gegenteil von dem, was angekündigt war: Nicht die Reduktion auf das Machbare, sondern weitere Erhöhungen, die entweder zu weiteren Schulden oder weiteren Haushaltsausgaberesten führen – beides ist nicht seriös.

2. Weiterhin – und das steht immerhin in beiden Haushaltsvorlagen – bezieht sich die Verwaltung auf den rot-grünen Antrag zum Haushalt 2019 mit dem wohlklingenden Titel „Nachhaltige strategische Haushaltssteuerung“ – seinerzeit als Kontrapunkt zu den ständigen Bemühungen der CDU für eine Rückkehr zu soliden Finanzen gedacht. Nun aber holt Sie der Inhalt ein, denn in 2019 haben Sie gefordert, dass die Verwaltung bis 2026 einen dauerhaft ausgeglichenen Haushalt erreichen soll, der ohne Rückgriff auf die Überschussrücklagen auskommt. Die Verwaltung schreibt dazu und ich zitiere: „Die mittelfristige Ergebnis- und Finanzplanung zum Haushalt 2023/2024 umfasst bereits das Zieljahr 2026. Für dieses Jahr wird nach aktuellem Stand ein Verlust von rd. 83,3 Mio. € erwartet. Auch die übrigen Planjahre des Haushaltsentwurfs schließen mit erheblichen Verlusten ab. Die Verfolgung dieses Ziels wird weiterhin als notwendig erachtet. Es lässt sich in Anbetracht der derzeit bestehenden planerischen Rahmenbedingungen allerdings nicht erreichen. Es ist auch nicht absehbar, dass sich dies bis zur Erstellung eines Haushaltsplans für das Planjahr 2026 ohne drastische Einschnitte ändern ließe.“ Also, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, liebe rot-grüne Haushaltsmehrheit, wie ernst meinen Sie es mit Ihren Beschlüssen? War der Antrag zum Haushalt 2019 nur ein Lippenbekenntnis, um sich über die Zeit zu retten, oder meinen Sie es wirklich ernst? Als CDU stehen wir Gesprächen, die den städtischen Haushalt wieder auf eine solide Finanzierung stellt, jederzeit offen gegenüber.

Natürlich erkennen wir die Multi-Krisen mit dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine, der hohen Inflation und dem ungebrochenen Flüchtlingsstrom an. Das hat selbstverständlich auch negative Auswirkungen auf die städtischen Finanzen. Wir sind uns auch einig, dass Bund und Land

in der Pflicht sind, für eine auskömmliche finanzielle Ausstattung der Kommunen zu sorgen. Aber:

The same procedure as every year!

Die Verwaltungsspitze beruft sich gebetsmühlenartig immer wieder auf fehlende Unterstützung aus Berlin und Hannover. Sie offenbart damit aber nur ihre eigene Hilflosigkeit. Die Stadt Braunschweig muss im Rahmen ihrer Möglichkeiten Initiative ergreifen, um gegen den Verlust ihrer Handlungsfähigkeit anzukämpfen.

Lassen Sie mich das kurz mit einem anschaulichen Beispiel illustrieren: Ich bin 1,87 m groß und wenn ich mich im Wellenbad bei 1,70 m reinstelle, darf ich mich nicht wundern, wenn mich gleich die erstbeste Welle überspült. Will heißen, wir müssen als Kommune, wie bei so vielen anderen Themen auch, unser Schicksal selbst in die Hand nehmen und in diesem Fall unseren Beitrag dazu leisten, dass uns die finanzielle Handlungsunfähigkeit erspart bleibt.

Das können wir aber beim besten Willen nicht in ausreichendem Maße erkennen. Alle geplanten Investitionen hätten kritisch und nachdrücklich auf Notwendigkeit, Dringlichkeit und zeitliche Umsetzbarkeit überprüft werden müssen. Daraus hätte eine Prioritätenliste erarbeitet werden können, um am Ende ein für die städtischen Finanzen verträgliches Investitionsprogramm entwickeln zu können, anstatt immer nur mit dem Finger auf andere zu zeigen. Als CDU waren wir dazu bereit, in jedem der Gespräche mit der SPD habe ich das angeboten – die Reaktion ging von Achselzucken bis zur Aussage „Die Verwaltung macht doch schon alles Mögliche.“ Mit meinen Ausführungen zu den Ansatzveränderungen alleine im Fachbereich Hochbau und Gebäudemanagement habe ich gezeigt, dass dem eben nicht so ist.

Der Planentwurf für den Doppelhaushalt 2023/24 wird der wirtschaftlichen Lage der Stadt und den aktuellen Entwicklungen nicht gerecht.

Die steigende Kreditaufnahme findet zum Beispiel keinen Niederschlag in den kalkulierten Kosten für den Schuldendienst. Dabei schnellen aktuell die Zinsen massiv in die Höhe. Die Verwaltung hat bis heute keine Aussage zum Zinsänderungsrisiko gemacht. Wir fragen uns, von welchem Zinssatz an gelingen Tilgung und Zinszahlung nicht mehr?

Die anstehenden Zinserhöhungen einfach auszublenden, ist leichtsinnig und fahrsinnig.

Gebetsmühlenartig und damit erwartbar, jedoch genauso falsch ist der ständig vorgetragene Anwurf: Wer sparen wolle, müsse genau sagen, an welcher Stelle dies geschehen soll.

In zurückliegenden Haushaltsberatungen haben wir bereits mehrfach darauf hingewiesen, dass dieses ohne die Unterstützung der Verwaltung und vor allem ohne den Willen der Verwaltungsspitze nicht geht. Heute gebe ich gerne einen weiteren Beleg dafür und zwar aus dem Stellenplan. Sie werden mit dem Stellenplan gleich die Schaffung einer Stelle im Referat 0414 – also dem Stadtarchiv – zustimmen. Diese Stelle ist beschrieben – ich zitiere – „zur dauerhaften wissenschaftlichen Bearbeitung von historischen Themen (u.a. Kolonialgeschichte, Nationalsozialismus).“ Bei allem Reiz für diese Themen und ich bin bekanntlich selbst Historiker, kann man sich die berechtigte Frage stellen, ob das in dieser Zeit und bei dieser finanziellen Situation wirklich sein muss. Die Nachfrage bei der Personalverwaltung hat ergeben, dass dort zwar die eben zitierte Beschreibung steht, die für diese Stelle zu findende Person aber vorrangig das Tausendjährige Stadtjubiläum Braunschweigs in 2031 vor-

bereiten soll. Eine Erklärung, die kein ehrenamtlicher Ratspolitiker herausfinden und damit die Stelle bewerten kann, keine hauptamtliche Fraktionsgeschäftsstelle kann das und es kann selbst kein anderer Fachbereich dieser Stadtverwaltung, der nicht direkt damit betraut ist.

Was ist nun eigentlich anders als in den Vorjahren? Als CDU-Fraktion haben wir in allen Gesprächen deutlich gemacht, dass wir die Multikrisen dieser Zeit und ihre Auswirkungen auf den städtischen Haushalt anerkennen. Natürlich suchen wir nicht die politische Differenz um des Konfliktes wegen. Wir haben konstruktive Vorschläge gemacht, um die massive Schuldenausweitung zurückzufahren – oberstes Ziel einer vorausschauenden Finanzplanung muss es sein, Rekordschulden in Höhe von einer Milliarde Euro ebenso zu verhindern wie das Angewiesen-Sein auf Kassenkredite im dreistelligen Millionenbereich. Denn bei allem Verständnis für die Einflüsse von außen kann die CDU keinem Haushalt zustimmen, bei dem bereits beim Beschluss – also heute – vorherzusehen ist, dass die Kommunalaufsicht ihre in den letzten Jahren geübte Kritik auch in diesem Jahr wiederholen wird.

Wir haben, wie in den Vorjahren auch, immer unsere Gesprächsbereitschaft signalisiert und unsere Unterstützung angeboten, um zu solider Haushaltspolitik zurückzukehren. Unser Bemühen war leider auch diesmal nicht von Erfolg gekrönt, so wie auch der Doppelhaushalt 2023/24 alles andere als ein Erfolg ist. Deswegen werden wir mit **Nein** stimmen!

The same procedure as every year!

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.